

**CONV 81/02**

**CONTRIB 37**

**NOTE DE TRANSMISSION**

---

du :           Secrétariat

à la :       Convention

---

Objet :       **Contribution présentée par M. Caspar Einem, membre de la Convention:**  
              **parlements nationaux**

---

Le Secrétaire général de la Convention a reçu la contribution figurant en annexe de M. Caspar Einem, membre de la Convention.

\_\_\_\_\_

**Beitrag**  
**Dr Caspar Einem**  
**Österreichischer Nationalrat**  
**Zur**  
**Rolle der Nationalen Parlamente**

30. 5. 2002

1. Der Vorschlag der schwedischen Delegierten zum Konvent, das Konventssekretariat möge einen Überblick über die derzeit in Gebrauch befindlichen Methoden und Instrumente der parlamentarischen Kontrolle und Beschlussfassung der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten erstellen, wird unterstützt. Ein Überblick, wie er im Dokument CONV 61/02 vorgeschlagen wird, wäre von großem Wert für alle nationalen ParlamentarierInnen.
2. In Übereinstimmung mit der Haltung, die dazu im Rahmen der letzten COSAC-Sitzung im Mai 2002 überwiegend eingenommen wurde, sollte die Funktion der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten primär durch Begleitung, Kontrolle der jeweils eigenen Regierungsmitglieder der Mitgliedstaaten bzw. gegebenenfalls durch deren Bindung an einen Beschluss des Parlaments wahrgenommen werden. Wie dies allenfalls noch optimiert werden könnte, soll durch die angeregte Studie leichter geklärt werden.
3. Ausdrücklich abgelehnt wird die Schaffung einer zweiten (dritten) Kammer des Parlaments, die aus nationalen Abgeordneten zusammen gesetzt wäre. Es bedarf keiner solchen Kammer. Funktionell ist bereits der Rat in Ausübung seiner Gesetzgebungsfunktion eine zweite Kammer. Mehr braucht es nicht.
4. Zur Verbesserung des Informationsstandes der nationalen Parlamente über europäische Politik sollte hinkünftig eine Berichtspflicht der jeweiligen Präsidentschaft gegenüber den nationalen Parlamenten eingeführt werden und eine Fragerecht an die jeweilige Präsidentschaft in den nationalen Parlamenten (zweimal jährlich). Dieser Schritt wäre vermutlich auch geeignet, die Einrichtung einer interparlamentarischen Versammlung, wie sie von der WEU-Versammlung vorgeschlagen wird, zu vermeiden.
5. Zur Sicherstellung der Wirksamkeit der Mitwirkungsrechte der Parlamente in EU-Angelegenheiten bei Fragen, die im Rat mit Mehrheit entschieden werden können (vor allem hinsichtlich der überstimmten Vertreter im Rat) scheinen nur zwei Möglichkeiten offen zu stehen: Die Rückkehr zur Einstimmigkeit oder – und das wird hier vorgeschlagen – die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments in allen Fragen, die im Rat mit Mehrheit entschieden werden können. Nur so kann die demokratische Legitimität der Entscheidung auch in jenen Mitgliedsstaaten gesichert werden, deren Vertreter im Rat überstimmt wurden.
6. Grundsätzlich muss bei allen Übertragungen von Zuständigkeiten von den Mitgliedstaaten an Organe der EU darauf geachtet werden, dass dabei das Niveau demokratisch-parlamentarischer Begleitung, Kontrolle und Beschlussfassung nicht verschlechtert wird, dass also eine entsprechende parlamentarische Begleitung auch auf EU-Ebene sicher gestellt wird.